

presente

Bulletin der Christlichen Initiative Romero 3/2020

NICARAGUA
POLITISIERUNG
DER PANDEMIE –
ein krankes System
(Seite 21)



Vom Klimaschutz

zur Klimagerechtigkeit

Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

als das Corona-Virus nach Mittelamerika kam, kämpften viele unserer mittelamerikanischen Partnerorganisationen bereits seit Jahren gegen eine andere Krise. Sie arbeiten in partizipativen Projekten zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Denn diese sind in Mittelamerika in Form von Dürre, Überschwemmungen und anderen extremen Wetterereignissen bereits seit Langem deutlich zu spüren. Gemeinden, insbesondere auf dem Land, müssen ihre Lebens- und Produktionsweisen daraufhin anpassen. Der Beginn der Pandemie brachte die wichtige zivilgesellschaftliche Arbeit kurzzeitig fast zum Erliegen. Doch dem jahrelangen Einsatz für Agrarökologie und Klimabewusstsein kommt in COVID-Zeiten eine ganz neue Bedeutung zu: Die Familien und Gemeinden, die an den agrarökologischen Projekten beteiligt waren und sind, haben nun bessere Voraussetzungen, um die Pandemie zu überstehen – durch den Aufbau von Saatgutbanken, das Vermitteln agrarökologischer Praktiken, das Anlegen und Pflegen von Gemüsegärten und die Bildungsarbeit zu ausgewogener Ernährung. Gerade Selbstversorgung ist ein wichtiges Element in Krisenzeiten, bei knapper werdenden Ressourcen und steigenden Preisen.

Um die Krise als Weltgemeinschaft zu bewältigen, müssen die Klima-Krise und die Corona-Krise zusammengedacht werden. Seit Jahren versuchen Klima- und Umweltschützer*innen Politik und Bevölkerung in einen Notfall-Modus zu versetzen, welcher der Schwere der Klimaschäden entspricht und ein radikales Umdenken zur Folge haben müsste. Die Risiken, die mit der Verbreitung des neuartigen Corona-Virus einhergehen, haben die ganze Welt in Alarmbereitschaft versetzt. Doch die Gefahren, die vom Klimawandel ausgehen, sind weitaus bedrohlicher für die Menschheit. Es geht also jetzt darum, den Notfall-Modus auch im Bezug auf das Klima beizubehalten. Denn damit nach der Corona-Krise nicht die nächste Klima-Krise kommt, darf die Reaktion auf die Pandemie nicht das sture Fördern der Wirtschaft und das Aushebeln von Umweltschutzgesetzen sein. Um über Profit und Wachstum hinauszudenken, müssen wir aus dem Hamsterrad des Kapitalismus aussteigen. Wir dürfen nicht zum „Normalzustand“ zurückkehren, sondern müssen verstehen, dass dieser nicht normal war und uns erst in die Krise(n) geführt hat.

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr CIR-Team

Die Titelseite zeigt ein Foto von Markus Spiske (unsplash.com). Menschen streiken fürs Klima bei einer Fridays for Future Kundgebung in Nürnberg.



THEMA

Vom Klimaschutz zur Klimagerechtigkeit



4 CELIA MEIENBURG (CIR)
Wege in eine klimagerechte Zukunft
Menschenrechte müssen Einzug in Klimaschutz finden

7 IMEH ITUEN UND JANINE KORDUAN
(Heinrich-Böll-Stiftung)
Klimaschutz: Ja, aber gerecht!

10 CARLA REEMTSMA UND ADAN RIVAS LOZANO
Protest als Privileg
Gespräch zwischen zwei Klimaaktivist*innen aus Deutschland und Honduras

13 THORSTEN MOLL (CIR)
Krisen zusammen- denken und bewältigen
Mit Solidarität zwischen Generationen

KAMPAGNE

24 MIRIAM INSTENBERG (CIR)
Gemeinsam für faires Spielzeug

25 FRANZISKA MENGE (CIR)
#LivingWageNow
Aktiv werden mit dem Fashion Checker

MITTELAMERIKA Länderberichte

18 ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)
GUATEMALA
Corona-Pandemie plus Korruptions-Epidemie

21 KIRSTEN CLODIUS (CIR)
NICARAGUA
Politisierung der Pandemie – ein krankes System

23 KIRSTEN CLODIUS (CIR)
Nachruf auf Yadira Rodriguez

ÜBER UNS

27 Die CIR in Zahlen
Finanzbericht 2019

30 Neues aus der CIR

31 Bestellschein

Diese presente könnte auch andere Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld interessieren? Bestellen Sie gerne mit einer Mail (cir@ci-romero.de) oder einem Anruf (0251-674413-0) gratis weitere Exemplare zum Verteilen im Kollegium, der Freizeitgruppe und dem Bekanntenkreis!

Impressum



Eine Stimme für Gerechtigkeit

Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0) 251 - 67 44 13 -11
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:
Kirsten Clodius, Joana Eink (Vi.S.d.P.),
Lou Gerlach, Miriam Instenberg,
Franziska Menge, Celia Meienburg,
Thorsten Moll, Anne Nibbenhagen,
Maik Pflaum, Albrecht Schwarzkopf,
Christian Wimberger

Lektorat: Joana Eink, Miriam Instenberg
Druck: Druckservice Roxel,
Münster, September 2020
Layout: Edith Jaspers
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Spenden an die CIR
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der Christlichen Initiative Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



Teile der Veröffentlichung wurden mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union und von Engagement Global im Auftrag des BMZ ermöglicht. Für den Inhalt der Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Zuwendungsgeber angesehen werden.



Wege in eine klimagerechte Zukunft

Die voranschreitende Klimakrise stellt die Weltgemeinschaft vor Herausforderungen in nie dagewesenem Ausmaß. Es geht um nichts weniger als um die Existenz der Menschheit. Denn gelingt es nicht, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5°C gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen, würde dies das Klima in ein extremes Ungleichgewicht stürzen, viele Teile der Erde unbewohnbar machen und eine humanitäre Katastrophe auslösen.

TEXT: CELIA MEIENBURG (CIR)

Entslossenes Handeln und globaler Zusammenhalt – das ist gefordert. Doch anstatt anzuerkennen, dass die Klimakrise nur gemeinsam aufzuhalten ist, wird auf politischer Entscheidungsebene weiterhin um Einzelinteressen und die Wahrung des eigenen Wohlstands gerungen.

Es scheint fast so, als würde die Dimension der Klimakatastrophe die menschliche Vorstellungskraft übersteigen. Denn noch sind die Folgen der Erderwärmung und die damit einhergehende Gefahr nicht für alle gleichermaßen spürbar.

Ursache und Verantwortung

Wie ernst die Lage ist, begreifen vor allem die Menschen, für welche die Bedrohung der Lebensgrundlagen durch den Klimawandel schon heute Realität ist. Am härtesten getroffen sind diejenigen, die keinerlei finanzielle Absicherungen haben, durch zunehmende Ernteausfälle in Hunger und Armut gestürzt werden oder bei Extremwetterereignissen ihr gesamtes Hab und Gut verlieren – ein Schicksal, das in erster Linie Menschen im Globalen Süden ereilt. In vielen Fällen tragen die Betroffenen selbst kaum etwas zur Klimakrise



Climate Justice /
Klimagerechtigkeit
ist eine zentrale
Forderung der
FFF-Bewegung; in
der europäischen
Klimapolitik jedoch
kaum berücksichtigt.

bei und sind lediglich für einen Bruchteil der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Das zeigt sich deutlich am Beispiel von Mittelamerika, eine der Regionen, in der die Auswirkungen des Klimawandels am deutlichsten zu spüren sind.

Während beispielsweise in Nicaragua und Honduras Menschen durchschnittlich rund 1 Tonne CO₂ jährlich produzieren, liegen die Durchschnittswerte in anderen Teilen der Welt bis zu 50-mal höher. In Deutschland lag dieser Wert 2018 bei über 9 Tonnen. Über die Hälfte der globalen Gesamtemissionen waren 2018 auf gerade einmal drei Regionen zurückzuführen: Mit 29,7% ging fast ein Drittel auf Chinas Rechnung, gefolgt von den USA mit 13,9% und der EU mit 9,1%.¹

Das Zusammenspiel der ökologischen und sozialen Dimension des Klimawandels wirft ethische Fragen nach Gerechtigkeit auf. Der Klimagerechtigkeitsdiskurs rückt das Thema Verantwortung in den Mittelpunkt. Die Forderung: Verursacher*innen des Klimawandels müssen ihrer besonderen Verantwortung in puncto Klimaschutz gerecht werden und für bereits entstandene Schäden und Verluste aufkommen.

Ein Großteil der Gesamtemissionen, die seit Beginn der industriellen Revolution in die Atmosphäre gelangten, entstammt Industriestaaten des Globalen Nordens. Neben dieser historischen Verantwortung verfügen sie zudem meist über ausreichend finanzielle Mittel, um sich (noch) vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Das Paradoxe dabei ist, dass dieser Reichtum häufig auf klimaschädliche Aktivitäten zurückzuführen ist.

Dies veranschaulicht zugleich den Kern des Problems: Solange Wohlstand an Wirtschaftswachstum und dieses wiederum an Rohstoffverbrauch und die Nutzung fossiler Brennstoffe gekoppelt ist, wird die Menschheit über die planetaren Grenzen hinaus leben. Dieser Wachstumsgedanke ist Ursache für Rohstoffknappheit, Biodiversitätsverlust, Klimakrise und nicht zuletzt soziale Ungerechtigkeiten.

Ausweg European Green Deal?

Zwar ist die Weltgemeinschaft mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens einen wichtigen Schritt gegangen, scheitert aber bisher an einer gerechten Verteilung des verbleibenden CO₂-Budgets. Die ausgearbei- ➤

¹Joint Research Centre (European Commission): Fossil CO₂ and GHG emissions of all world countries - 2019 report: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/9d09ccd1-e0dd-11e9-9c4e-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-140769485> (S.12)

teten Klimaziele der einzelnen Staaten sind entweder nicht ambitioniert genug, um das Ruder tatsächlich noch rumzureißen, oder werden weit verfehlt. Häufig ermöglichen bestehende Machtstrukturen klimapolitisch fatale Entscheidungen, da wirtschaftliche Interessen Priorität haben.

Mit dem European Green Deal plant die Europäische Union der erste klimaneutrale Kontinent zu werden und setzt dabei auf Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und grünes Wachstum, das vom CO₂-Ausstoß entkoppelt werden soll. Gelingt dieses Vorhaben, bleibt jedoch unklar, inwiefern es einen Beitrag zur globalen Klimagerechtigkeit leisten könnte. Solange der Green Deal nicht global gedacht wird, stellt sich die Frage, ob Probleme nur verlagert, statt ganzheitlich gelöst werden. **Woher stammen die Rohstoffe für grüne Technologien? Durch welche Klimaschutzmaßnahmen in anderen Teilen der Welt wird die EU ihre Klimaneutralität erlangen?** Wenn an dem gängigen Modell, Emissionen dort einzusparen, wo dies am günstigsten ist – im Globalen Süden – festgehalten wird, bleiben konkurrierende Flächennutzung und Ausbeutung Schlüsselthemen, bei denen die Perspektive der Betroffenen unberücksichtigt bleibt.

Radikale Transformation

Auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen wird ein auf Wachstum ausgerichtetes System immer Verlierer*innen mit sich bringen. Erst wenn die Ursachen für Ungerechtigkeiten beseitigt werden, kann Klimagerechtigkeit Realität werden. Dafür bedarf es einer Veränderung gesellschaftlicher Strukturen, einer Verlagerung von Machtverhältnissen und die Möglichkeit der Partizipation an relevanten Entscheidungsprozessen. Möglich ist dies nur in einem Wirtschaftssystem, das planetare Grenzen respektiert und Gemeinwohl, die Wahrung von Menschenrechten und den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen in den Fokus stellt.

So düster der Blick auf die Klimakatastrophe ist, so überwältigend sind die Mobilisierung und der Aktivismus, die weltweit von vielen Teilen der Bevölkerung ausgehen. Die wachsende Klimabewegung übt immensen Druck auf die Regierungen aus und je lauter ihre Forderungen nach einer ganzheitlichen sozial-ökologischen Transformation werden, desto mehr wächst auch der Hoffnungsschimmer auf eine klimagerechte(re) Zukunft. ■

Game On – Europaweite Kampagne gestartet

Als Teil der Kampagne „Game On – Don't let climate change end the game“ setzt sich die CIR zusammen

mit NGOs aus acht europäischen Ländern für eine sozial gerechte Klimawende ein und macht globale Perspektiven auf den Klimawandel sichtbar. Wir fordern die Regierungen in Europa dazu auf, ihrer Verantwortung in puncto Klimaschutz gerecht zu werden und Solidarität mit denjenigen zu zeigen, die vom Klimawandel besonders betroffen sind. Die partizipative Kampagne, die sich vor allem an Menschen zwischen 18 und 35 Jahren wendet, bietet viele Mitmach-Aktionen und Austausch zwischen jungen Menschen aus dem Globalen Norden und Süden. Den Auftakt bildete eine länderübergreifende Online-Podiumsdiskussion mit Expert*innen und Aktivist*innen am diesjährigen Weltumwelttag am 5. Juni 2020. Mehr Infos unter: www.ci-romero.de/klimagerechtigkeit



Die Einhaltung der Rechte indigener Völker im Klimaschutz ist ein Element von Klimagerechtigkeit.



Klimaschutz: Ja, aber gerecht!

Die Wirtschafts- und Produktionsweise in Deutschland basiert auf fossilen Rohstoffen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die deutsche Bundesregierung auch EU-Spitzenreiter bei der Subvention derselbigen ist. Seiner Verantwortung, dadurch entstandene Klimaschäden abzuschwächen oder zu entschädigen, kommt Deutschland nicht ausreichend nach. Klimagerechtigkeit muss endlich Einzug in die deutsche Klimapolitik finden.

TEXT: IMEH ITUEN UND JANINE KORDUAN (HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG)

Deutschland ist eine der größten Volkswirtschaften und eines der Länder mit dem größten Treibhausgasausstoß weltweit. Nicht nur basiert die Wirtschafts- und Produktionsweise in Deutschland auf fossilen Rohstoffen; die deutsche Bundesregierung ist auch EU-Spitzenreiter bei ihrer Subvention¹.

Mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 wurde das Ziel, die Erderwärmung auf deut-

lich unter 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, völkerrechtlich verankert. Insbesondere Länder des Globalen Südens und niedrigliegende Inselstaaten haben lange Zeit ein ambitionierteres Klimaziel als das sogenannte 2-Grad-Ziel gefordert. Obwohl sie selbst nicht die Verantwortung für die „Klima-Krise“ tragen, sind Länder des Globalen Südens besonders vulnerabel >

¹ <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/klimaschaedliche-subventionen-gefaehrdet-eu-ziele>

gegenüber Klimawandelfolgen und zum Teil schon seit Jahrzehnten überproportional von diesen betroffen.

Die Minderungsziele der internationalen (und somit auch der deutschen und europäischen) Klimapolitik orientieren sich an dem Pariser Klimaabkommen, welches vorgibt, dass in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts global „Treibhausgasneutralität“ erreicht werden muss. Dabei werden die ausgestoßenen Treibhausgase bilanziert, also letztlich verrechnet mit solchen, die durch Klimaschutzmaßnahmen eingespart werden. Bereits seit Jahrzehnten wird dieses Vorgehen von zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisiert, da diese Gegenrechnung die komplexe Realität zu stark vereinfacht und negative Folgen verschleiert. Zudem suggeriert die Rede von der Netto-Null², dass der Status quo der westlichen Produktions- und Wirtschaftsweise aufrechterhalten werden kann.

Klimaschädigender Klimaschutz

Mit dem 1997 beschlossenen Kyoto-Protokoll wurden erstmals Mechanismen geschaffen, die es den reichen Industrieländern ermöglichen, einen Teil ihrer Reduktionsverpflichtungen außerhalb der eigenen nationalen Grenzen zu erbringen. Besonders weitreichende Folgen hat der Handel mit Emissionsrechten, das sogenannte „Off-setting“. Hierbei wurden jedem Land entsprechend der im Kyoto-Protokoll festgesetzten nationalen Reduktionsziele Emissionsrechte zugeteilt. Schöpft ein Land die Emissionsrechte nicht aus, kann es überschüssige Emissionsrechte in Form von Lizenzen an ein anderes Land meistbietend verkaufen³. Dadurch werden „Kohlenstoffsenken“, wie z.B. Wäldern, ein ökonomischer Wert beigemessen. Die Inwertsetzung der Natur ist mit enormen Auswirkungen für die Menschen verbunden, die

traditionelle Eigentümer*innen sind. Im Namen des Klimaschutzes werden bereits in vielen Teilen der Welt Wälder in Programmen wie REDD+ (Reducing emissions from deforestation and forest degradation⁴, dt. Verringern von Emissionen durch Abholzung und Walddegradation) dem Klimaschutz unterstellt. Für lokale Gemeinschaften bedeutet dies oft den Verlust ihres Landes, da sie selten über formelle Landrechte verfügen. In Anlehnung an den Begriff „Land Grabbing“ (dt. Landraub) wird dieses Phänomen im Namen des Klima- bzw. Naturschutzes im Englischen häufig als „Green Grabbing“ bezeichnet.

Ein Kurswechsel muss her

Seit Beginn der Industrialisierung hat Deutschland fast fünf Prozent der Emissionen verursacht, obwohl der Anteil an der Weltbevölkerung nur etwa ein Prozent ausmacht⁵. Es steht außer Frage: Deutschland hat von diesen Emissionen massiv profitiert, ohne sie wäre der Pfad der hiesigen wirtschaftlichen Entwicklung nicht möglich gewesen. Somit trägt Deutschland eine Verantwortung, die weder auf Länder des Globalen Südens abgeschoben noch mit riskanten/zweifelhaften Technologien umgesetzt werden sollte. Die Lösung klingt simpel: Deutschland muss seine Emissionen radikal senken.

Statt also Lufthansa mit mehreren Milliarden Euro bedingungslos zu retten und fossile Energieträger mit 37 Milliarden Euro zu subventionieren⁶, ist es an der Zeit, sich auf den Weg einer tiefgreifenden Transformation zu begeben und diese beginnt innerhalb der nationalen und europäischen Grenzen.

Gleichzeitig sollte Deutschland vollumfänglich haften und Entschädigungen an solche Länder zahlen, die überproportional vom Klimawandel betroffen sind. Kosten und Nutzen der Treibhausgasemissionen sind unge-

² Netto-Null bedeutet, dass alle durch Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen durch Reduktionsmassnahmen wieder aus der Atmosphäre entfernt werden können und somit die Klimabilanz der Erde netto, also rechnerisch nach den Abzügen durch natürliche und künstliche Senken, Null beträgt. (myclimate.org)

³ <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/kyoto-protokoll/kyoto-mechanismen/>

⁴ <https://globalforestcoalition.org/forest-cover-52/>

⁵ https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/klimaschutz_in_zahlen_2018_bf.pdf

⁶ <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/klimaschaedliche-subventionen-gefaehrden-eu-ziele>



Forderungen aus dem Globalen Süden an den Globalen Norden

Erkennt Eure Verantwortung an!

Die Ausbeutung von Naturressourcen nimmt eine rasende Geschwindigkeit an und führt zu immer mehr Morden an Verteidiger*innen des Lebens und der Territorien. Die Natur wird zu einer Ware degradiert, auf welche die Finanzmärkte zugreifen. Dieses System des Raubbaus und des Todes hat mit Hilfe immer zerstörerischer Technologien die ökologische Harmonie zerstört. Heute befinden wir uns aufgrund des Klimawandels in einer Notsituation, die den Planeten, wie er heute ist, bedroht. Die globale Verschwendung führt dazu, dass Ressourcen viel schneller verbraucht werden, als die Erde sie wiederherstellen kann. Angesichts dieser Notlage fordern wir von den Industrieländern:

- 1 Hört auf, Euch auf Kosten unseres Lebens zu bereichern.
- 2 Erkennt Eure Verantwortung und Eure Schulden in Bezug auf den Klimawandel an.
- 3 Gebt Euer Konsummodell auf, das auf Luxus und Wirtschaftswachstum basiert.
- 4 Lernt, die bereits abgebauten Ressourcen effizienter zu nutzen.

Pedro Landa, Referent für Ressourcengerechtigkeit bei ERIC in Honduras

recht verteilt und dies geht auf eine Geschichte von fast 600 Jahren zurück. Die Klimakrise begann nicht erst mit der Industrialisierung, sondern bereits 1454, als afrikanische Menschen erstmals auf Plantagen versklavt wurden. Diese Form der Ausbeutung hat für Europas Wohlstand und das kapitalistische System gesorgt und so erst die Industrialisierung ermöglicht – und damit auch die Klimakrise. Macht- und Herrschaftsverhältnisse

spielen eine große Rolle in der Genese der Krise.

Durch die geforderten Kompensationszahlungen des Nordens an den Süden kann dieser eigene Wege zu mehr Wohlstand finden, die nicht dem westlichen Muster folgen, das erst in die Krise führte. ■

Imeh Ituen und **Janine Korduan** arbeiten im Bereich Internationale Umweltpolitik der Heinrich-Böll-Stiftung.

Protest als Privileg

Ein virtuelles Gespräch zwischen jungen Aktiven der Klimabewegung aus Honduras und Deutschland

Honduras ist eines der Länder, die weltweit vom Klimawandel am stärksten betroffen sind. Dürreperioden und Wetterextreme bedrohen schon heute die Lebensgrundlage vieler Menschen. In Deutschland sind die Folgen des Klimawandels nicht vergleichbar spürbar, das Bewusstsein und der Protest durch die Klimabewegung wachsen jedoch stetig. Wir haben mit Adan Orlando Rivas Lozano aus Honduras und Carla Reemtsma aus Deutschland über ihre Motivation, ihre Forderungen und Formen des Aktivismus im Globalen Süden und Norden gesprochen. INTERVIEW: CELIA MEIENBURG (CIR), ÜBERSETZUNG: MARILUZ MATEO NICOLÁS

Carla, du bist Gründerin der Fridays for Future-Gruppe in Münster und sehr aktiv als Sprecherin und Organisatorin der bundesweiten Klimastreiks.

Was motiviert dich?

Carla: Auslöser war die Rede von Greta Thunberg auf der Klimakonferenz in Kattowitz und die Vielzahl der Klimastreiks, die daraufhin organisiert wurden. Angesichts der Dramatik der Klimakrise und der kurzen Zeit, die uns zum Handeln bleibt, können wir nicht hinnehmen, dass Politik und Wirtschaft die Krise weiterhin ausblenden.

Adan, wie war das bei Dir?

Adan: Ich bin schrittweise aktiv geworden. Je mehr ich sah, wie sich meine Umwelt verändert. Ich glaube daran, selbst etwas verändern zu können und den Klimawandel nicht einfach tatenlos hinnehmen zu müssen.

Ihr beide fordert die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und eine ambitionierte Klimapolitik. Wie bringt ihr eure Forderungen zum Ausdruck?

Carla: In Deutschland lebt die Fridays for Future-Bewegung von ihren großen Demonstrationen, einer vom Staat meistens sehr geschützten Protestform. Dass Schüler*innen und Student*innen freitags demonstrieren, statt zur Schule oder zur Uni zu gehen, stieß vereinzelt auf Kritik, aber wir bekommen auch viel Zuspruch von Medien, Gesellschaft und Politik. Andere Gruppen der Klimabewegung wählen radikalere Protestformen und besetzen beispielsweise Kohlebagger. Solange von der Regierung so enttäuschende Entscheidungen getroffen werden, braucht es beides: sowohl Protestformen, hinter die sich viele Menschen stellen, als auch die anderen, die gewaltfrei die Dringlichkeit und die Drastik dieser Krise verdeutlichen.

Adan: Für mich ist das unvorstellbar, dass eure Demonstrationen in Deutschland den Schutz der Polizei und des Staates haben! In Honduras und anderen zentralamerikanischen Ländern werden Proteste unterdrückt, Personalien aufgenommen, es gibt Festnahmen, Verletzte oder sogar Tote. Den Organisator*innen drohen Haftstrafen.

Wir haben einen starken Willen und wollen



Carla Reemtsma

22 Jahre, studiert Politik und Wirtschaft in Münster, wo sie 2018 die lokale Fridays for Future-Gruppe gründete. Sie ist außerdem Sprecherin des bundesweiten Klimastreiks. Weltweit nehmen Millionen Menschen an den Klimastreiks teil und fordern die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens.



Adan Orlando Rivas Lozano

25 Jahre, aus San Lorenzo, Honduras, ist Grundschullehrer und Ingenieur für Aquakulturwissenschaften, Meeres- und Küstenressourcen. Ehrenamtlich setzt er Bildungsprojekte um und engagiert sich für den Schutz von Mangrovenwäldern und Meeresschildkröten.

uns trotz dieser Einschränkungen engagieren. Deshalb bedarf es in Honduras neuer, weniger radikaler Arten des Protests. Beispielsweise leisten wir im Rahmen kultureller Aktivitäten wie Theaterstücken oder Malwerkstätten Bildungsarbeit zu Umwelt- und Klimathemen.

Carla: Und erhaltet ihr dabei von gesellschaftlicher Seite Zuspruch für euer Handeln?

Adan: Nur teilweise, denn bei einem Großteil der Bevölkerung ist die Angst vor der Regierung größer als der Wunsch nach Protest. Ich bewundere Menschen, die den Mut haben, sich dem entgegenzustellen.

Carla: Ich finde es auch inspirierend, wenn Menschen, die mit so viel mehr Widerständen konfrontiert sind als wir in Deutschland, es mit viel geringeren Mitteln und einer viel kleineren Community schaffen, relevanten Klima- und Umweltaktivismus zu machen. Wir stehen zum Beispiel im engen Kontakt mit

Hilda, die Fridays for Future in Uganda gegründet hat, und eine unglaublich überzeugende Motivation mitbringt.

Ich habe großen Respekt davor, dass du dich trotz dieser Herausforderungen unermüdlich einsetzt, Adan.

Adan: Der Wille zum Handeln wird stärker, je deutlicher die Folgen des Klimawandels spürbar sind. Die Länder in Zentralamerika sind sehr reich an schützenswerten Ressourcen, Tier- und Pflanzenarten, aber auch an Traditionen und Weisheit, die nicht dem Wachstumsgedanken zum Opfer fallen dürfen.

Was bedeutet Klimagerechtigkeit für euch?

Carla: In Anbetracht der Tatsache, dass die industrialisierten und wirtschaftsstarke Länder im Globalen Norden historisch für einen Großteil der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, muss Klima- >

schutz international gedacht werden. Diese Länder müssen ihre große Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise anerkennen und Länder unterstützen, die stärker betroffen sind, beispielsweise mit finanziellen Mitteln für Klimaanpassungsmaßnahmen.

Adan: Ja, die Industrienationen müssen dringend ihre Treibhausgasemissionen senken, die um ein Vielfaches höher liegen als beispielsweise in Honduras.

Wir verstehen Klimagerechtigkeit in erster Linie als soziale Bewegung und fordern mehr Gleichberechtigung hinsichtlich der Verteilung natürlicher Ressourcen. In Honduras werden immer wieder Teile der Bevölkerung aus ihrem Lebensraum verdrängt. Das muss

ein Ende haben und es ist wichtig, dass die Lebensgrundlagen aller Menschen geschützt werden.

Ich hoffe, dass es zu diesen wichtigen Themen weitere Möglichkeiten des Austauschs geben wird und wir weiter Netzwerke zwischen unseren Ländern aufbauen können.

Carla: Genau, wir sollten uns hier in Deutschland stärker bewusst machen, dass es ein Privileg ist, die eigene Meinung kundtun zu können! Deshalb sollten wir unsere Stimme nutzen, um Anliegen aus dem vom Klimawandel stark betroffenen Globalen Süden hörbar und um auf die Kriminalisierung von Aktivist*innen aufmerksam zu machen. ■

Das europäische Team hinter der Kampagne Game On



Zusammen gegen die Klimakrise

Jede*r Einzelne kann durch einen klimafreundlichen Lebensstil einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Eine fleischarme oder fleischlose Ernährung, der Wechsel zum Ökostrom-Anbieter, reduzierter, bewusster Konsum und ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Die großen Entscheidungen hin zur Dekarbonisierung müssen auf politischer Ebene getroffen werden. Fordern Sie zusammen mit Ihren lokalen Gruppen der Klimabewegung Politiker*innen und Unternehmen zum Handeln auf. Auch die CIR bietet im Rahmen der europaweiten Game On-Kampagne Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen. Weitere Infos online unter:

www.ci-romero.de/botschafter_in-klimagerechtigkeit



Klima-Krise und Corona-Krise gefährden die junge und alte Generation in unterschiedlichem Ausmaße und müssen dennoch oder gerade deswegen zusammengedacht und bewältigt werden.



COVID-19

Krisen zusammendenken und bewältigen – durch Solidarität zwischen den Generationen

Parallelen zwischen der Corona- und der Klimakrise sind schon oft gezogen worden. Die vielleicht wichtigste: Bei beiden Krisen ist Solidarität zwischen den Generationen entscheidend. Während in der Corona-Krise die weniger gefährdete, junge Generation dazu beitragen muss, die Ausbreitung des Virus einzugrenzen, um die ältere, anfälligere Generation zu schützen, ist es beim Klimawandel umgekehrt. Die jüngere Generation wird mit dessen Auswirkungen in den kommenden Jahrzehnten zurechtkommen müssen und ist auf ein radikales Umdenken und Anders-Handeln der älteren Generation angewiesen. Wie gravierend die fortschreitende Klimaerwärmung sein wird, hängt auch davon ab, welche Entscheidungen jetzt im Umgang mit der Pandemie getroffen werden. TEXT: THORSTEN MOLL (CIR)

Die Bedeutung von Krisen für Wandel beschrieb der neo-liberale Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman wie folgt: „Nur eine Krise – eine tatsächliche oder empfundene – führt zu echtem Wandel. Wenn es zu einer solchen Krise kommt, hängt das weitere Vorgehen von den Ideen ab, die im Umlauf sind. Das ist meiner Ansicht nach unsere Hauptfunktion: Alternativen zur bestehenden Politik zu entwickeln, sie am Leben und

verfügbar zu halten, bis das politisch Unmögliche politisch unvermeidlich wird.“

In der Corona-Krise sehen nicht nur Umweltschützer*innen Potenzial für Wandel. Auch Befürworter*innen der von Kapitalismus getriebenen Globalisierung wittern die Krise als Chance. Sie sehen in ihr eine Gelegenheit, bestehende Handelsregulierungen und Klima- und Umweltschutzaufgaben noch weiter auszuhöhlen. >

Ein Generationenvertrag muss her: Junge Menschen schützen die alten in der Pandemie; und die ältere Generation geht entschlossen gegen den Klimawandel vor, um der jungen Generation eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.



Wachstum, Deregulierung und Freihandel ...

Für diese die planetarischen Grenzen ignorierende Idee finden sich aktuell in Deutschland zahlreiche Beispiele: Der Verband der Automobilindustrie (VDA) drängt darauf, dass während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft das EU-Mercosur-Abkommen auf den Weg gebracht wird, um die Automobilindustrie zu retten. Das Abkommen hätte zur Folge, dass Handelsbeschränkungen für Umwelt- und Klimakiller wie Autos, Fleisch und Pestizide abgebaut würden. Aus Sicht des VDA muss die Lehre aus der Krise sein, dass die EU den Handel mit Dritt-Ländern vorantreibt und Freihandel stärkt. Gleichzeitig fordert VDA-Präsidentin Hildegard Müller, bei Konjunkturpaketen „Fahrzeuge mit modernen Verbrennungsmotoren in die Förderung“ einzubeziehen, da diese „nicht im Widerspruch zu den vereinbarten Klimaschutzzielen“ stünden.¹

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) fordert als Reaktion auf die Corona-Krise, den Schwerpunkt des European Green Deals auf „die Förderung von Wachstum“ zu legen. Der Green Deal funktioniere „nur als Investitions- (sic!) und Wachstumsprogramm, keinesfalls darf Klimapolitik die Unternehmen überfordern. Wichtig ist Entschlossenheit (sic!) für Freihandel und Multilateralismus.“² Auch beim Lieferkettengesetz läuft die Wirtschaftslobby mit Hinweis auf die Corona-Krise Sturm.

Die Stoßrichtung dieser Ideen ist offensichtlich: Mehr Wachstum, eine weitere Liberalisierung der Weltwirtschaft und möglichst wenige Eingriffe des Staates – mal abgesehen von staatlichen Hilfszahlungen.

Zurzeit, so scheint es, können VDA und BDI mit Unterstützung aus der Politik rechnen. CDU-Wirtschaftsstaatssekretär Thomas Barreiß lehnt einen höheren CO²-Preis mit Hinweis auf die schwierige Lage der Wirtschaft ab; das Handelsabkommen EU-Mercosur findet bei Entwicklungsminister Müller Unterstützung und emissionsintensive Wirtschaftssektoren, wie das Beispiel Lufthansa zeigt, werden durch hohe Beträge und ohne Klimaschutzauflagen (wie ein Verbot von Inlandsflügen) gerettet.

... oder Abkehr vom Wachstum und sozial-ökologische Transformation?

Eine solche Politik wird die Klimakrise weiter verschärfen. Dabei besteht die große Chance, die beiden Krisen zusammenzudenken und eine sozialökologische Transformation voranzutreiben. Dr. Steffen Lange (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung) und Dr. Tilman Santarius (TU Berlin) formulieren es wie folgt: „Aus ökologischer Sicht sollten wir [...] nicht versuchen, wieder auf den alten Wachstumspfad zurückzukehren. [...] Angesichts der Dringlichkeit, die Treibhausgase-

¹ <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-der-staat-sollte-auch-den-kauf-von-autos-mit-verbrennungsmotor-foerdern/25864358.html>

² <https://bdi.eu/spezial/corona/alle-meldungen/#/artikel/news/ein-weiter-so-wie-vor-der-krise-darf-es-nicht-geben/>

missionen zu senken, sollten wir nicht klimablind die Corona-Krise lösen, um dann 2021 oder noch später mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft zu beginnen“.³

Eine wichtige Erkenntnis dafür ist, — so der französische Soziologe und Philosoph Bruno Latour — dass es möglich ist „innerhalb weniger Wochen ein Wirtschaftssystem (überall auf der Welt und zur gleichen Zeit) auszusetzen, von dem uns bisher gesagt wurde, es sei unmöglich, es zu verlangsamen oder gar umzugestalten“.⁴ Der Umgang mit der Corona-Krise lässt plötzlich politische Eingriffe in die Wirtschaft möglich erscheinen, durch die wir auch langfristig vom Wachstumsparadigma abkehren und das Gemeinwohl über wirtschaftliche Interessen stellen können.

Es liegt auf der Hand, zuerst emissionsintensive Bereiche, wie die Fleischproduktion, die Luftfahrt und die Autoindustrie, infrage zu stellen. Konkret könnte das bedeuten, staatliche Hilfen zum Umgang mit der Corona-Krise ökologisch zu gestalten. So stellen Lange und Santarius folgende Forderungen: „Die Rettung von Fluggesellschaften muss mit einem radikalen Umbau der Branche inklusive einer Reduzierung der Flüge einhergehen; Hilfe für Automobilkonzerne gibt es nur bei Abschaffung des Verbrennungsmotors.“ Gleichzeitig müssen nachhaltige Sektoren, wie erneuerbare Energien, aber auch der in der Corona-Krise so wichtige (und emissionsarme) Care-Bereich ausgebaut werden.

Wie geht es weiter?

Der Umgang mit der Corona-Krise entscheidet auch darüber, ob die Klimakrise langfristig abgemildert werden kann. Inwiefern dies gelingt, hängt auch davon ab, ob die Gesellschaft in der Lage ist, die Erfahrungen aus der Corona-Krise auf die Klimakrise zu übertragen und solidarisch im Sinne eines Generationenvertrages mit der Gefahr umzugehen. ■



Umweltaktivismus ist Klimaschutz

Guatemala zählt laut der Organisation Global Witness weltweit zu den Ländern mit den meisten Morden an Umweltaktivist*innen. Auch die Kriminalisierung der Aktivist*innen durch staatliche Behörden ist weit verbreitet. Der indigene Gemeindeführer Bernado Caal wurde zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt, weil er Widerstand gegen ein Staudammprojekt leistete. Unsere Partnerorganisation Colectivo Madre Selva (CMS) unterstützt Bernardo durch Rechtsberatung. Sie setzt sich dafür ein, dass vornehmlich indigene Gemeinden selbst über ihre Zukunft und Lebensweise bestimmen können. Indem die Gemeinden ihre Lebensgrundlagen — oftmals gegen Minen und Monokulturen — verteidigen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Ökosystemen und im Kampf gegen den Klimawandel.

Mit Ihrer Spende können Sie diese Arbeit unterstützen.

Stichwort
«MADRE SELVA»

Nicaragua

La Cuculmecca feiert Jubiläum!



Wir gratulieren zum runden Geburtstag: Seit nunmehr 30 Jahren setzt sich La Cuculmecca in Nicaragua für eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft ein, wobei dem Team die Arbeit mit Jugendlichen besonders am Herzen liegt. In einem aktuellen Projekt unterstützt die Organisation etwa Gemeinden bei der Anpassung an den Klimawandel. Wir freuen uns, seit vielen Jahren eine enge und vertrauensvolle Partnerschaft mit La Cuculmecca zu pflegen und ein Teil ihrer wichtigen Arbeit sein zu dürfen. Dafür wollen wir uns besonders bei Nereyda González Soto bedanken, die in diesem Jahr ihren Posten als Direktorin an Astrid Herrera Obregón abgibt. Wir wünschen beiden für die Zukunft alles Gute und hoffen, dass die langjährige Zusammenarbeit noch lange fortbesteht!



Das Team von La Cuculmecca beim CIR-Projektbesuch in 2019

Mit Ihrer Spende helfen Sie uns dabei, die wertvolle Partnerschaft mit La Cuculmecca zu erhalten.

Stichwort
« LA CUCULMECCA »

Grundsätze unserer Projektarbeit

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- die Ökologie
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

Guatemala

Gesundheitsbildung für Schwangere ... auch in COVID-Zeiten!

Indigene Gemeinden sind in Guatemala häufig von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen. Besonders gravierend ist dies für schwangere Frauen, deren Risiko, vor oder nach der Entbindung zu sterben, fünfmal so groß ist wie das der Frauen in der restlichen Bevölkerung. Unsere Partnerorganisation ADEMI will die Frauen auch während der Corona-Pandemie erreichen. Dafür erstellt sie Bildungsmaterial, welches zuhause genutzt werden kann. Die Mitarbeiter*innen von ADEMI besuchen die Familien unter Berücksichtigung der Hygiene-Regeln und ermöglichen eine auf die individuelle Situation abgestimmte Unterstützung.

Für die Erstellung von 300 Lehrbüchern sowie die Begleitung des Lernprozesses von 30 Jugendlichen und 30 Eltern bittet ADEMI um eine Unterstützung von 5.000 €. Helfen Sie mit Ihrer Spende!

Stichwort
« ADEMI »

El Salvador

Schnelle Hilfe in Krisenzeiten

Die CIR konnte in El Salvador mehreren Partnerorganisationen Geld zur Verfügung stellen, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der verheerenden Tropenstürme abzuschwächen. Viele Bewohner*innen des Landes sind nicht krankenversichert. Mithilfe der finanziellen Unterstützung konnten unsere Partner*innen vor Ort unverzichtbare Medikamente für Corona-Erkrankte bezahlen. Ebenso wichtig war und ist die Verteilung von



Das Team der Frauenorganisation ORMUSA hilft in der Krise mit Lebens- und Hygienemitteln.

Lebensmitteln und Hygieneartikeln, um die Notlage mehrerer hundert Familien deutlich zu mildern.

Bitte helfen

Sie mit, damit wir auch zukünftig schnell und unbürokratisch Menschen in der Corona-Krise unterstützen können.

Stichwort
« CORONA IN MITTELAMERIKA »

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen, wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, des Weltgebetstags der Frauen, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Katholischen Fonds sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

IHRE
SPENDE
HILFT

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Oder online unter
www.ci-romero.de/spenden

Wegen der Pandemie schließt der zentrale Markt in Antigua, Guatemala, schon mittags. Eine Verkäuferin sammelt ihre Waren ein.



Guatemala

Corona-Pandemie plus Korruptions-Epidemie

*Die Corona-Krise stellt in Guatemala einiges auf den Kopf. Das erfahren wir von unseren Projektpartner*innen. Der konstante Austausch mit ihnen lässt uns die Situation im Land besser verstehen; die allgemeinen Schwierigkeiten ebenso wie die autoritären Tendenzen und die Auswirkungen des Lockdowns, der regionale Unterschiede nicht berücksichtigt.*

TEXT: ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

Die Regierung hat den Ausnahmezustand ausgerufen, verbunden mit Ausgangssperren, die bis heute einschneidende Beschränkungen mit sich bringen (Stand: August 2020). Zu Beginn der Krise schnürte die Regierung ein ordentliches Paket mit Krediten und Haushaltsmitteln für Unternehmen, auch kleine und mittlere, für Arbeitnehmer*innen,

den informellen Sektor und Familien. In der Hauptstadt wurden zusätzliche temporäre Krankenhäuser eingerichtet. Bewahrheitet hat sich die Befürchtung, dass die ländliche Bevölkerung gegenüber der städtischen auch in der Corona-Krise strukturell benachteiligt ist. Zuwendungen erhalten zumeist die Menschen in urbanen Gebieten.

Berta Cumez von den Ademi-Maya-Frauen beschreibt die Lage im Hochland von Tecpan anschaulich.

„Die Einschränkungen im öffentlichen Transport führen dazu, dass die Menschen aus den ländlichen Gebieten ihre Erzeugnisse, vor allem Gemüse und Kunsthandwerk, nicht verkaufen und entsprechend sich und ihre Familien weniger gut ernähren können. Manche haben ihre Arbeit verloren. Außerdem sind Waren knapp und die Preise steigen. Was aktuell den Hunger mildert, ist, dass viele Familien bereits in der Vergangenheit auf Saatgut für Obst und Gemüse zurückgegriffen haben und sich so zum Teil selbstversorgen können. Die Regierung hat Lebensmittelhilfe zugesagt, aber allzu häufig kommt diese in den ländlichen Gemeinden nicht an.“



Die Pandemie verschärft strukturelle Ungerechtigkeit

Eine von Regierungs- sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen getragene Erhebung in etwa einem Drittel der Gemeinden des Landes hinsichtlich der Verteilung von Corona-Unterstützung an bedürftige Familien, dem „bono familia“, zeigt: Die eher wohlhabenden Gemeinden haben es verstanden, sich Zugang zu den Mitteln und deren Verteilung zu verschaffen, während ein Großteil bedürftiger Gemeinden keine Mittel erhielt.

Rosalina Tuyuc von den Conavigua-Maya-Frauen ist unzufrieden mit der Umsetzung der Nothilfe-Maßnahmen. „Zu wenige der Hilfsmaßnahmen kommen an und die Büros öffentlicher Einrichtungen sind geschlossen. Was das Gesundheitssystem angeht, haben wir uns als Conavigua-Frauen zwar fit für natürliche Medizin gemacht, aber damit kann nur in einigen Krankheitsfällen unterstützt werden. Das Gesundheitssystem ist sehr mangelhaft und von Diskriminierung geprägt: Ländliche Maya-Regionen erhalten deutlich weniger Aufmerksamkeit und Mittel als wohlhabendere Regionen in den Städten.“



In Guatemala gibt es 1.200 Gesundheitsposten, es würden aber 5.000 benötigt, um die Defizite in der ländlichen Versorgung zu beheben. Die bisherigen Maßnahmen der Corona-Bekämpfung gipfelten darin, dass der Gesundheitsminister zurücktreten musste, unter anderem da es eine hohe Infektionsrate bei medizinischem Personal gab. Im Mai wurde erst mit Verzögerung der Epidemiologe Dr. Edwin Asturias, der in den USA lehrt und forscht, als Corona-Verantwortlicher ernannt. Seither ist die Gesundheitspolitik transparenter und fachlich fundierter.

Multiple Krisen

Als wäre die Corona-Krise nicht schon Notfall genug, pressiert auch die bereits seit längerem schwebende politische Krise. Es geht um Machterhalt, Strafflosigkeit und die Kontrolle über die Gerichte. Im August standen die Nominierungen und Wahlen zu den Obersten Gerichten an. Es wurden Nominierungslisten aufgestellt, und dann fanden seitens der Parla-

mentsabgeordneten die Wahlen für die Richter*innenposten statt. Im Parlament gibt es seit über zwei Jahren den sogenannten „Pakt der Korrupten“, der die Demokratie aushöhlt. Bei der Richter*innenwahl will er insbesondere ihm nahestehende Richter*innen ins Amt hieven, >



Da die Regierung zu wenig tut, kümmern sich kirchliche und zivilgesellschaftliche Organisationen, wie hier die Pastoral de Movilidad Humana, um die Verteilung von Lebensmittelpaketen.

die den Korrupten Straflosigkeit ermöglichen. Der „Pakt der Korrupten“ erhält Unterstützung von dem Unternehmerverband CACIF, der aktuell mit erzkonservativen Vertreter*innen besetzt ist. Die obersten Verfassungsrichter*innen haben sich gegen diese Wahlmanipulierung gestellt und sind so ins Visier der Korrupten geraten.

Rosalina Tuyuc schreibt hierzu: „Inmitten der Pandemie gibt es die politische Krise, die vom

„Pakt der Korrupten“ verursacht ist, der die Kontrolle über das Justizsystem zu übernehmen versucht. Dieser Pakt von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflussgruppen hat einen weiteren Versuch unternommen, die einzige glaubwürdige juristische Instanz, das Verfassungsgericht, zu demontieren. Es handelt sich um den Versuch einer Art technischen Staatsstreichs, indem die Immunität von drei Richtern dieses hohen staatlichen Gremiums von fünf Richter*innen aufgehoben werden soll. Das Verfassungsgericht gilt als eine der wichtigen rechtsstaatlichen Säulen in der fragilen Demokratie in unserem Land.“

Solidaritätsgruppen in Deutschland haben am 13.7.2020 gemeinsam mit Brot für die Welt, Misereor und der Christlichen Initiative Romero einen Brief an das Auswärtige Amt sowie an den deutschen Botschafter in Guatemala gerichtet, in welchem gegen die undemokratischen, dem Rechtsstaat widersprechenden Machenschaften des „Pakts der Korrupten“ protestiert wird. Die Proteste haben Widerhall in der guatemalteckischen Presse gefunden und die Richter*innen des Verfassungsgerichts gestärkt. ■

Selbstversorgung in schwierigen Zeiten

Während der Ausgangsbeschränkungen können viele indigene Familien in Guatemala kein Einkommen mehr erwirtschaften und sich nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgen. Der indigene Witwen- und Frauenverband CONAVIGUA unterstützt sie deshalb dabei, ihre Ernährungssouveränität zu stärken. Das eigene Anbauen von wichtigen Lebensmitteln zur Selbstversorgung steht dabei an erster Stelle. Im Sinne einer solidarischen Gemeinschaft unterstützen Familien mit etwas mehr Land andere, die weniger haben. CONAVIGUA vermittelt Kenntnisse über nachhaltige Anbauweisen, die ohne giftige Pestizide und Kunstdünger auskommen.

Mit Ihrer Spende kann die Organisation Saatgut für die Familien kaufen und ihre wichtige Bildungsarbeit fortführen.

Stichwort «CONAVIGUA»

Eine außerordentliche Sitzung der zentralamerikanischen Staaten zum gemeinsamen Kampf gegen das Virus im März – Nicaragua zieht nicht mit.



Nicaragua

Politisierung der Pandemie – ein krankes System

*Offen für Gesundheit und Übertragungsprävention in Zeiten der Corona-Pandemie zu kämpfen, kostet Ärzt*innen in Nicaragua derzeit mitunter den Job. Tun sie es nicht, kostet es sie oder andere unter Umständen das Leben.* TEXT: KIRSTEN CLODIUS (CIR)

Noch immer haben Präsident Daniel Ortega und seine Frau und Vizepräsidentin Rosario Murillo keine effektiven Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie eingeführt.

Was die Regierung in ihrem im Mai veröffentlichten Weißbuch als eine „einzigartige Strategie“ immer wieder mit dem Beispiel aus Schweden vergleicht, hat in der Realität wenig mit dem dortigen Vorgehen gemein. Der Widerspruch zwischen Narrativ und Realität ist in Nicaragua extrem. Während der Präsident vorgibt, das Land habe die Situation unter Kontrolle, trifft die Corona-Krise Nicaragua mit voller Wucht.

Statt die Infektionskurve möglichst flach zu halten, hat das Voranschreiten des öffentlichen Lebens Priorität. Schicken Eltern ihre Kinder aus Angst vor einer Ansteckung nicht

zur Schule, werden sie mitunter als Regimekritiker*innen diffamiert. Und auch Mund-Nasen-Masken sind in der Öffentlichkeit nicht gerne gesehen.

Masken verbreiten Angst ...

In den Krankenhäusern und Gesundheitszentren ging die Regierung so weit, Ärzt*innen und Krankenpfleger*innen den Gebrauch von Handschuhen und Masken bei der Behandlung von Patient*innen zu untersagen, weil dies nur unnötige Besorgnis hervorrufen würde. Außerdem wies man das Personal an, keine Informationen über die Krankheit zu verbreiten, um eine kollektive Hysterie zu verhindern.

Skandalös ist, dass kürzlich 18 Ärzt*innen ihre Anstellung verloren, weil sie das Krisenmanagement der Regierung kritisierten und >

gemeinsam mit fast 700 Gesundheitsexpert*innen einen Brief unterschrieben, in dem die Regierung neben der Bereitstellung von Schutzausrüstung dazu aufgefordert wird, effiziente Präventionsmaßnahmen zu ergreifen, transparente Information über die Ausbreitung des Virus in der Bevölkerung zu liefern, Testungen durchzuführen und Daten zu

veröffentlichen, die Einschränkung von Großveranstaltungen einzuführen, zu sozialer Distanzierung aufzurufen sowie Isolierung und Quarantäne in den erforderlichen Fällen vorzuschreiben.

Nach Schätzungen des Observatorio Ciudadano, einer Organisation der Zivilgesellschaft zur Sammlung von Informationen, ist in Nicaragua die Infektionszahl und auch der Anteil der an COVID-19 gestorbenen Ärzt*innen und Angestellten im Gesundheitssektor hoch. Durch ständig neue Ausfälle fehlt es in Krankenhäusern außerdem durchgehend an Personal und die Kapazitätsgrenze in puncto Belegungen ist schon lange erreicht.

Schutzmaßnahmen verhindern Normalität...

Das Observatorio Ciudadano ist bemüht, landesweit alle Verdachtsfälle von COVID-19 Infektionen zu erheben, um ein Gegenbild zu den unglaublichen Zahlen der Regierung zu präsentieren. Aber es bleibt schwierig, gesicherte Aussagen über den Verlauf der Pandemie in Nicaragua zu treffen. Medizinische Tests dürfen nur in staatlichen Gesundheitszentren und Krankenhäusern durchgeführt werden und es wird generell sehr wenig getestet, vielleicht auch, weil es gar nicht genug Tests gibt. Testergebnisse werden den Kranken zudem nicht unbedingt mitgeteilt, sodass diese zwar stationär aufgenommen werden, ohne aber zu wissen, ob sie infiziert sind.

Seit Monaten steigt die Zahl sogenannter „nächtlicher Expressbeerdigungen“ durch Angestellte des Gesundheitssystems. Die Todesursache dieser zumeist in Krankenhäusern gestorbenen Patient*innen lautet dabei selten COVID-19, sondern allzu häufig schlicht „atypische Lungenentzündung“. Selbst Familienangehörige sind bei den Bestattungen, die erst nach Einbruch der Dunkelheit stattfinden, um keine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, nicht zugelassen. ■



Gewusst wie... Aufklärung in der Pandemie

Aufklärung ist der Schlüssel, um informierte Entscheidungen zu treffen. Weil die Regierung Nicaraguas die Pandemie lange gelehnet hat und die Bevölkerung nicht angemessen mit Informationen rund um COVID-19 versorgt, ist der Schutz der Menschen im Land mangelhaft. Die Bevölkerung ist weitgehend auf sich allein gestellt. Unsere Partnerorganisation Club Infantil vermittelt nicht nur Kindern die Risiken einer Infektion. Sie nutzt dafür u.a. das organisationseigene Radio, mit dem weite Teile der lokalen Bevölkerungen in und um Jinotega im Norden des Landes erreicht werden. Außerdem werden Kinder und Familien mit Hygienemitteln und Schutzmasken versorgt.

Unterstützen Sie diese wichtige
Aufklärungsarbeit des Club Infantil
mit einer Spende!

Stichwort
«CORONA IN MITTELAMERIKA»



Wir trauern um **Yadira Rodriguez** 18. Juli 2020 †

Yadira Rodriguez war Mitbegründerin unserer honduranischen Partnerorganisation EMIH (Equipo de Monitoreo Independiente Honduras), in der sie sich seit 1997 unermüdlich für die Rechte von Arbeiter*innen vor allem in der Bekleidungsindustrie einsetzte. Sie war für uns die erste Ansprechpartnerin, wenn es um Fakten und Einschätzungen zu Missständen in der Produktion für Adidas, Nike, Puma und Co. ging.

In zahlreichen Fabrik-Recherchen nahm sie die Arbeitsbedingungen unter die Lupe und deckte Ungerechtigkeiten und Rechtsverstöße auf. Sie drehte dafür die Sozialstandards und Verhaltenskodizes der großen Marken auf links und zeigte uns, wo der Schuh drückt. Dank ihrer Arbeit konnte die CIR in vielen Kampagnen auf fundierte Untersuchungsergebnisse zurückgreifen.

Yadiras Herz gehörte den Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen, sowohl aus der

Bekleidungsindustrie als auch aus der industriellen Landwirtschaft. Sie war zutiefst solidarisch und in Trainings und Workshops gab sie mit Hingabe ihr großes Wissen und ihre vielfältigen Erfahrungen weiter.

Zu unserem Glück reiste Yadira auch gerne. Sie besuchte uns mehrfach in Deutschland, um uns auf Vortragsreisen die Realität der Näher*innen ein Stück näher zu bringen. Kreuz und quer fuhren wir mit ihr durch die Republik und kamen vielen Einladungen für Konferenzen, Vorträge, Gemeinde-Abende, Schulbesuche, Podiumsdiskussionen und andere Veranstaltungen nach.

Sie war eine kreative, lebenslustige, optimistische Frau mit einem starken Willen und großem Mut. Ihr plötzlicher Tod hinterlässt bei vielen Menschen eine Lücke.

Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrer Familie und den Kolleginnen von EMIH.

¡Hasta siempre, Yadira! ■

Gemeinsam für fares Spielzeug

Der Zug rollt! Mit der offiziellen Gründung der Fair Toys Organisation hat ein Projekt zur Verbesserung von sozialen und ökologischen Standards in der Spielzeugindustrie, an dem die CIR seit Jahren arbeitet, einen wichtigen Meilenstein genommen.

TEXT: MIRIAM INSTENBERG (CIR)



Arbeiter*innen, die ohne Schutzausrüstung mit Schadstoffen hantieren, die Überstunden weit über die gesetzlichen Grenzen hinaus leisten, die zu zehnt in notdürftigen Unterkünften schlafen und für ihre Arbeit einen Hungerlohn erhalten: All diese Missstände sind in vielen globalen Spielzeugfabriken an der Tagesordnung. Seit Jahren setzen wir uns dafür ein, dass die Branche einen ambitionierten Sozialstandard etabliert und ihrer Verantwortung für globale Lieferketten nachkommt.

Diesem Ziel sind wir nun einen großen Schritt nähergekommen: Von der Christlichen Initiative Romero angestoßen und engagiert vorangetrieben gründete sich am 14. Juli 2020 in Nürnberg die Fair Toys Organisation. Das Besondere: Vertreter*innen aus Spielzeugindustrie und Zivilgesellschaft arbeiten in der

Multi-Stakeholder-Initiative gemeinsam und gleichberechtigt an der Verbesserung von sozialen und ökologischen Standards in der Spielzeugproduktion. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützte den Gründungsprozess durch finanzielle Förderung.

CIR-Referent Maik Pflaum erklärt den neuen Ansatz: „Die Mitglieder der Fair Toys Organisation setzen statt reiner Kontrollen auf menschenrechtliche Sorgfaltspflichten und etablieren Strukturen direkt bei den Auftraggeber*innen in Deutschland.“ Dass bekannte Unternehmen wie Sigikid, Haba und Zapf Creation zu den Gründungsmitgliedern zählen, ist ein großer Erfolg für die Arbeit der CIR für Menschenrechte in der Spielzeugproduktion. ■

GUT INFORMIERT!

Mittelfristig soll ein unabhängiges Siegel der Fair Toys Organisation das Engagement der Mitgliedsunternehmen dokumentieren und Verbraucher*innen als Orientierung für ethische Kaufentscheidungen dienen. Weitere Infos zur Gründungsveranstaltung im Nürnberger Spielzeugmuseum und den nächsten Schritten der Fair Toys Organisation finden Sie auf unserer Webseite:

www.ci-romero.de/fair-toys-organisation-erfolgreich-gegruendet und unter www.fair-toys.org



AUSBEUTUNG IM RAMPENLICHT

FASHION CHECKER

fashionchecker.org/de



„Marken wollen 10-50 % weniger für ihre Produkte zahlen. Hersteller kürzen 40 % der Löhne. Schämt Euch!“ Kalpona Akter

#LivingWageNow

Aktiv werden mit dem Fashion Checker

*Der kürzlich veröffentlichte Fashion Checker der internationalen Kampagne für Saubere Kleidung deckt auf, ob Textilarbeiter*innen einen existenzsichernden Lohn erhalten.*

Das Online-Tool bringt Details über die Lieferketten der größten Modemarken der Welt ans Licht, darunter Zalando, H&M, Primark, Adidas und Hugo Boss.

TEXT: FRANZISKA MENGE (CIR)

Die Corona-Krise hat einmal mehr gezeigt wie verwundbar die Menschen sind, die weltweit in den textilen Lieferketten beschäftigt sind. Arbeiter*innen sind von der Auftragslage der Zulieferer und somit direkt von den großen Modemarken abhängig. Diese haben zu Beginn der Pandemie Aufträge in Milliardenhöhe storniert und sich vor jeglicher Verantwortung gedrückt.

Der Hashtag #Payup ist international durch verschiedene Organisationen, unter anderem Labour behind the Label, Public Eye, Remake und der Clean Clothes Campaign, im Internet verbreitet worden und fordert die Modemarken dazu auf, Aufträge, die während der

Corona-Krise storniert oder ausgesetzt wurden, trotzdem zu bezahlen – in voller Höhe und vor allem pünktlich. Gewirkt hat dies bereits bei einigen. Unter anderem haben H&M und Adidas sich dazu verpflichtet, stornierte Aufträge zu bezahlen. C&A und Primark hingegen noch nicht. Weltweit übt die Zivilgesellschaft weiter Druck aus auf die Unternehmen, die sich ihrer Verantwortung in der Corona-Krise nach wie vor entziehen.

Transparenz ist gefragt – nicht nur in der Krise

Dass Löhne auch außerhalb von Krisenzeiten pünktlich gezahlt werden und vor allem zum >

Leben reichen, sollte selbstverständlich sein. Viele Modemarken werben mit Begriffen wie Nachhaltigkeit und öffentlichen Beteuerungen, ihren Arbeiter*innen einen existenzsichernden Lohn zu zahlen. Doch bei genauerer Betrachtung entpuppt sich das oftmals als leeres Versprechen. Das neue Online-Tool „Fashion Checker“ der internationalen Kampagne für Saubere Kleidung hilft, solche Mogelpackungen zu entlarven. Konsument*innen können mit einem Klick erfahren, unter welchen Bedingungen ihre Kleidung hergestellt wurde. Die Grundlage der Datenbank bildet eine Untersuchung, für die Menschen an beiden Enden der Lieferkette befragt wurden: Hunderte Beschäftigte und 108 Modehändler*innen machten erstmals in derart flächendeckendem Ausmaß Angaben zu Löhnen. Das Ergebnis zeigt, dass 93 % der befragten Modemarken ihren Lieferant*innen keinen Lohn zahlen, der ein würdiges Leben ermöglicht. Der niedrige Lohn, den die Modemarken ihren Lieferant*innen zahlen, reicht in der Regel kaum, um die Betriebskosten der Fabrik zu decken, Material für die Produktion einzukaufen, die Produkte zu versenden, die Arbeitskräfte zu bezahlen und eine Gewinnspanne für die Fabriken zu erzielen. Da sind die Löhne der Arbeiter*innen oftmals die Kosten, die am leichtesten zu kürzen sind. Auf der Webseite



Näherin in Kambodscha

BEKOMMEN DIE MENSCHEN DIE DEINE KLEIDUNG MACHEN EINEN EXISTENZLOHN?

fashionchecker.org

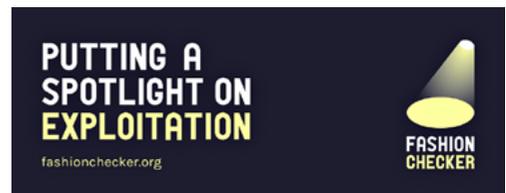
FASHION CHECKER

des Fashion Checker können sich Konsument*innen über unfaire Lohnpraktiken informieren und handeln, indem sie die Modemarken per Social Media unter dem Hashtag #LivingWageNow dazu auffordern, existenzsichernde Löhne zu zahlen.

Vom Arbeiten leben können

Um von einem Lohn leben zu können, braucht es mehr als den Mindestlohn, der in vielen Herstellungsländern gezahlt wird. Ein existenzsichernder Lohn bedeutet, dass Arbeiter*innen und ihre Familien sich abwechslungsreich ernähren und

in einer sicheren Umgebung leben können, Zugang zu medizinischer Grundversorgung und Schulbildung haben sowie die Möglichkeit, finanzielle Rücklagen zu bilden. Als Teil der Kampagne für Saubere Kleidung fordern wir, dass bis 31. Dezember 2022 existenzsichernde Löhne für alle Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie gezahlt werden. Denn das ist ebenso naheliegend wie überfällig! ■



PUTTING A SPOTLIGHT ON EXPLOITATION

fashionchecker.org

FASHION CHECKER

FOTOS: WILL BAXTER, CLEAN CLOTHES CAMPAIGN

Finanzbericht 2019

Die Christliche Initiative Romero in Zahlen



Das Spendenergebnis der CIR im Jahr 2019 bewegt sich mit 580.649 € auf dem Vorjahresniveau. Der Überschuss von 91.093 €, der wichtig für den CIR-Eigenanteil von künftigen, öffentlich geförderten Großprojekten ist, wird den Rücklagen zugeführt. Im Jahr 2018 lief ein großes EU-gefördertes Bildungsprojekt aus. Dafür erhielt die CIR in 2019 höhere Zuwendungen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), sodass die Einnahmen und Ausgaben für 2019 dennoch denen im Vorjahr ähneln.



Stimme für Gerechtigkeit

Der salvadorianische Erzbischof Oscar A. Romero ist die Leitfigur der CIR. Nachdem er im Oktober 2018 heiliggesprochen wurde, bereiteten wir uns im Jahr 2019 auf das Gedenken an seine Ermordung vor 40 Jahren vor. Seine Würdigung als Stimme für Gerechtigkeit, für die Armen und gegen Machtmissbrauch ist ein wichtiger Orientierungspunkt in unserem Einsatz gegen ungerechte (Macht-)Verhältnisse.

Im Jahr 2019 haben wir die Zusammenarbeit mit und Unterstützung von unseren Projektpartnerorganisationen im Bereich Menschenrechte und Umwelt in Mittelamerika erhöht, insbesondere dank der steigenden Förderung durch das BMZ. Im Bildungs- und Kampagnenbereich nahm die Forderung nach unternehmerischer Sorgfaltspflicht eine besondere Stellung ein. Im Rahmen der 2019

neu gegründeten Initiative Lieferkettengesetz fordern wir die gesetzliche Verankerung von Unternehmensverantwortung – mit großer Unterstützung von Privatpersonen und Zivilgesellschaft und zunehmender Befürwortung aus Wirtschaft und Politik. Auch in unserer Bildungsarbeit zu Supermärkten, nachhaltigen Lebensmittellieferketten sowie im Rahmen von Multi-Akteurs-Partnerschaften zu Orangensaft und Spielzeug fördern wir gezielt die Achtung von Menschenrechten durch Unternehmen.

Daneben führten wir unseren Einsatz für Fair Fashion statt Fast Fashion im Rahmen der Kampagne für Saubere Kleidung und für öko-soziale öffentliche Beschaffung (mit dem Schwerpunkt Lebensmittel im Einkauf von kommunalen Träger*innen, darunter Berlin Kreuzberg-Friedrichshain) erfolgreich fort. Insbesondere durch die Verbreitung unserer beliebten Publikation „Wegweiser durch das Labellabyrinth“ machten wir uns zudem für Ethischen Konsum stark.

Solidarität mit Mittelamerika

Die Auslandsprojekte der CIR wurden vom BMZ mit insgesamt 2.345.844 € gefördert. Den zu leistenden Eigenanteil an diesen Auslandsprojekten hat die CIR durch Projektspenden und Rücklagen abgedeckt. Außerdem wurden die Spenden zur direkten Unterstützung unserer Partner*innen in Mittelamerika genutzt. >

In **Nicaragua** unterstützte die CIR ihre Partnerorganisationen mit 1.048.184€, darunter viele Frauenorganisationen. Neben 283.704€ für das Programm „Keine Gewalt gegen Frauen“ gingen 280.855€ an das BMZ-Programm zu Klimawandel in Nicaragua zugunsten der beiden Organisationen La Cuculmeca und Centro Humboldt. Innerhalb des regionalen BMZ-Projekts zu Weltmarktfabriken (Maquilas) flossen an die Frauenorganisation MEC in Nicaragua 116.226€. An das regionale BMZ-Projekt zum Thema Migration gingen 60.000€ u.a. an MEC und ADIC. Im regionalen BMZ-Projekt zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen wurden 80.895€, u.a. an die Menschenrechtsorganisation CENIDH, verausgabt. Weitere Spenden wurden den kirchlichen Basisgemeinden von Teyocoyani für ihre Gemeindefarbeit zur Verfügung gestellt.

In **El Salvador** sind die Partnerorganisationen mit insgesamt 514.074€ gefördert worden. An das BMZ-Projekt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Maquila-Fabriken wurden 220.561€ ausgezahlt. Innerhalb des regionalen Rohstoffprojekts gingen 113.030€ an Cripdes. Das regionale BMZ-Projekt zu Migration wurde mit 46.922€ und das regionale BMZ-Projekt zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen wurde mit 27.791€ gefördert. Frauenprojekte sowie kirchliche Basisgemeinden und Bauernorganisationen wie ANTA wurden mit mehr als 13.952€ unterstützt.

In **Guatemala** wurden insgesamt 263.056€ an Projekte weitergegeben. Im Rahmen des großen mittelamerikanischen Rohstoffprojekts erhielt Madre Selva 58.820€ und die Frauenorganisation AMES partizipierte mit 43.302€ am Maquila-Programm. Im Rahmen des regionalen Klimaprojekts gingen 65.202€ an die Partnerorganisa-

Bilanz (Vermögen)		
AKTIV	31.12.2018	31.12.2019
1. Anlagevermögen	18.452	13.092
2. Warenbestand	27.469	36.575
3. Forderungen	19.704	12.948
4. Bankguthaben, Kasse	2.058.123	2.244.442
SUMME	2.123.748	2.307.057
PASSIV	31.12.2018	31.12.2019
1. Rücklagen	1.655.391	1.746.483
2. Rückstellungen	217.250	98.250
3. Verbindlichkeiten	251.107	462.324
SUMME	2.123.748	2.307.057

tion ASEDE. Im regionalen BMZ-Projekt zu Migration wurden 27.216€ an die Pastoral de Movilidad Humana verausgabt sowie im regionalen BMZ-Projekt zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen 31.772€, darunter an die Menschenrechtsorganisation CALDH. Es wurden ferner Landrechtsgruppen, indigene Organisationen und Frauenprojekte gefördert. Dazu gehört z.B. eine Unterstützung für die Maya-Frauenorganisation AFEDES, die sich für den Schutz des kollektiven geistigen Eigentums an der traditionellen Maya-Webkunst einsetzt, ebenso wie für die ADEMI-Maya-Frauen.

In **Honduras** förderte die CIR Projekte in Höhe von 363.099€. An die Frauenorganisation CDM flossen 78.308€ für das Projekt zum Schutz der verfolgten LGBTI*-Community sowie 35.659€ für die Ausbildung von Menschenrechtsverteidiger*innen. Im BMZ-Rohstoffprojekt wurde die Organisation ERIC mit 71.841€ und im Rahmen des regionalen Migrationsprojekts mit 74.471€ gefördert. Aus BMZ-Mitteln für Maquila-Arbeit bekam die Arbeitsrechtsorganisation EMIH 45.833€.

Gewinn- und Verlustrechnung (Einnahmen und Ausgaben)		
ERTRÄGE	2018	2019
1. Spenden*	577.857	580.650
2. öffentl. Zuwendungen Kampagnen- und Bildungsprojekte <i>davon Weiterleitung an Europäische Partner</i>	1.466.194 312.423	1.272.172
3. öffentl. Zuwendungen Auslandsprojekte	2.029.373	2.288.252
4. sonst. Zuwendungen	110.255	24.270
5. Verkauf Materialien	26.629	23.233
6. Sonstige Erträge	35.321	58.822
SUMME	4.245.629	4.247.399
AUFWENDUNGEN		
1. Projektaufwendungen**	1.921.494	2.345.844
2. Projektbegleitung/ -förderung <i>- Personalkosten</i> <i>- Sachkosten</i>	53.985 48.604 5.382	82.264 73.950 8.674
3. Kampagnen- und Bildungsarbeit <i>- Personalkosten</i> <i>- Sachkosten</i>	1.732.571 729.054 1.003.517	1.350.830 924.374 426.456
4. Öffentlichkeitsarbeit und Werbung <i>- Personalkosten</i> <i>- Sachkosten</i>	110.366 72.905 37.461	131.095 92.437 38.659
5. Verwaltung <i>- Personalkosten</i> <i>- Sachkosten</i>	223.454 111.788 111.666	245.912 141.737 104.175
SUMME	4.041.871	4.156.306
ERGEBNIS	203.758	91.093

An andere lateinamerikanische Partner*innen, vor allem nach **Brasilien**, flossen 157.431€. Insgesamt 40 Partnerorganisationen konnte die CIR 2019 in Mittelamerika unterstützen.

In Deutschland arbeitet die CIR im entwicklungspolitischen Verband VENRO mit.

* ANGABEN ZU SPENDEN		
Nicaragua	74.998	57.633
El Salvador	25.181	29.708
Guatemala	20.579	21.875
Honduras u. sonstige Länder	39.396	51.448
Kampagnen- & Öffentlichkeitsarbeit	71.753	67.341
ohne Angaben	345.950	352.645
SUMME	577.857	580.650
** PROJEKTAUFWENDUNGEN		
Nicaragua	746.659	1.048.184
El Salvador	710.854	514.074
Guatemala	166.809	263.056
Honduras	189.675	363.099
Brasilien/ sonstige Länder	107.497	157.431
SUMME	1.921.494	2.345.844

Mitgliederversammlung

Im Oktober 2019 fand die CIR-Mitgliederversammlung statt, auf welcher die inhaltliche und finanzielle Situation der CIR dargestellt wurde. Die Mitgliederversammlung entlastete den Vorstand.

DZI-Siegel erneut erhalten

Nach den Kriterien des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen (DZI) wurde die CIR 2019 vom DZI geprüft und das DZI-Spendensiegel erneut bestätigt.



Den ausführlichen Jahresbericht finden Sie unter

www.ci-romero.de/ueber-uns/verein

Dr. Thomas Bröcheler ist Vorstandsvorsitzender der CIR.

Abschied

Für **Ramon Glienke** endete das Volontariat. Wir bedanken uns bei Ramon für seine engagierte Arbeit. Mitarbeit in der Initiative Lieferkettengesetz, Newsletter-Erstellung oder Recherchen zu sozial-ökologischen Siegeln: Ramon hat in den vergangenen Monaten erfolgreich die Arbeit der CIR mitgestaltet. Danke und alles Gute für die Zukunft!

Willkommen



Die neue Volontärin **Theresa Haschke** ist uns keine Unbekannte. Letztes Jahr absolvierte sie bei uns ein Praktikum. Kürzlich hat sie ihren Master in Gender Studies abgeschlossen und

wird zunächst an der Neuausgabe des „Wegweisers durch das Label-Labyrinth“ mitarbeiten. Auch nicht neu im Team ist **Franziska Menge**, die bis Juli als Volontärin arbeitete, und nun die CIR-Referentin für Kleidung ist. In euren neuen Rollen heißen wir euch beide herzlich willkommen!



Nach wie vor prägen Corona-Schutzmaßnahmen unsere Teamarbeit. Nie sind alle im Büro, vieles läuft noch digital und im Homeoffice. Für unsere Erreichbarkeit aber spielt das keine Rolle. E-Mails und Anrufe erreichen uns, bestellen können Sie wie immer. Machen Sie gerne Gebrauch davon!

FOTOS: THERESA HASCHKE, MAREN KUTER

IN EIGENER SACHE

WICHTIG: Seit Januar 2020 erhalten Sie für alle Ihre Spenden eines Kalenderjahres nur eine Zuwendungsbestätigung (sog. Sammelbestätigung), und zwar im Januar des Folgejahres. Sollten Sie eine frühere Zusendung wünschen, reicht ein kurzer Hinweis an Maria Wilmer (**Email: wilmer@ci-romero.de, Tel.: 0251/674413-31**).

Wir freuen uns auf Ihren Anruf und helfen bei allen Fragen rund ums Spenden gern weiter!

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- einmalig monatlich
 1/4 jährlich 1/2 jährlich jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- Projektarbeit Öffentlichkeitsarbeit
 Projekt-/Öff.-Arbeit Fördermitgliedschaft

IBAN / Konto-Nr. _____

BIC / BLZ _____

Bank _____

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.



Sie können den ausgefüllten Bestellschein auch fotografieren und per E-Mail senden an ci@ci-romero.de

Porto und Verpackung werden zusätzlich berechnet. Beachten Sie bitte, dass aus Platzgründen nicht alle Titel, die wir im Versand führen, in unserer **presente** erwähnt werden. All unsere Publikationen finden Sie unter www.ci-romero.de/publikationen.

Christliche Initiative Romero	Euro	Expl.
presente 3/2020 (vorliegend)	gratis	
Infoblatt: Oscar Romeros Bedeutung heute – 40 Jahre nach seinem Todestag	gegen Porto	
Faltblatt: Gemeinsam Dinge bewegen. CIR-Fördermitgliedschaft	gratis	
Faire öffentliche Beschaffung		
Broschüre: Spielzeug sozial verantwortlich beschaffen. Ein Pilotprojekt der Stadt Köln	4,00	
Praxisleitfaden für Bund, Länder und Kommunen: Sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln (2019)	2,00	
Faltblatt: Für faire Dienstbekleidung in Kommunen!		
Faltblatt: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht!	gegen Porto	
Aktionspostkarte: Gute Arbeit hier und dort – Personalräte		
Studie: Blick über den Tellerrand Sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln am Beispiel Berlin	4,00	
Öko-fairer kirchlicher Einkauf		
Aktionspostkarte: Gute Arbeit hier und dort – Kirchliche Mitarbeitervertretungen	gegen Porto	
Faltblatt: Das öko-faire Gotteshaus		
Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche?		
Kleidung		
Infopakete: Kleidung		
Faltblatt: #Where's the change? zu Fast Fashion	gegen Porto	
Aktionspostkarte: Alles Prima?k		
Set: Eingefädelt – Arbeitshilfe für Multiplikator*innen	7,00	
Foto-Posterreihe zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster in Din A1)	20,00	
Aktionspostkarte: Ich möchte die ganze Rechnung sehen!	gegen Porto	
Infoblatt: Was kann ich tun?		
Werkmappe: Fit For Fair? Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsindustrie	5,00	
Memo-Spiel: Fit For Fair	10,00	
Rohstoffe		
Infopakete: Rohstoffe		
Broschüre: 12 Argumente für eine Rohstoffwende		
Faltblatt: Schöner Schein... Kann man Gold „ethisch“ konsumieren?	gegen Porto	
Studie: Mexiko: Gewaltrohstoffe für Deutschlands Industrie?		
Studie: Der deutsche Rohstoffhunger Eine Studie zu Kupfer und Molybdän aus Mexiko und Palmöl aus Guatemala	4,00	
Fact Sheet: Zusammenfassung der Studie	gegen Porto	
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Banken und Bergbau		

Initiative Lieferkettengesetz	Euro	Expl.
Infopakete: verschiedenes Material zur Initiative Lieferkettengesetz		
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Schluss mit Freiwilligkeit! ← Neuaufgabe		
Aktionspostkarten-Set für ein Lieferkettengesetz (4 Stk.) ← NEU!		
Argumentationsleitfaden zum Lieferkettengesetz	gegen Porto	
Aufkleberset: 8 Motive je 5 mal mit den Forderungen zum Lieferkettengesetz (40 Stk.)		
Kampagnenflyer		
Aktionspostkarte: Minister im Lobby Sturm (Karikatur)		
Kritischer Konsum	Euro	Expl.
Infopakete: Kritischer Konsum		
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Arbeitsrechte in der Spielwarenindustrie	gegen Porto	
Dossier: CSR – Unternehmensverantwortung in der deutschen Spielwarenindustrie		
Wegweiser durch das Label-Labyrinth	2,00	
Quick Check: Eine schnelle Orientierung im Label-Labyrinth	gegen Porto	
Prospekt-Persiflage (Adbust): ALDI <input type="checkbox"/> LIDL <input type="checkbox"/> Was hinter Schnäppchen steckt KIK <input type="checkbox"/> EDEKA <input type="checkbox"/>		
Supermärkte und Lebensmittel		
Faltblatt: 25 Tipps für ethisches Essen. Was kann ich tun?		
EDEKA-Stickerprotestkarte: Wir ... auf Arbeitsbedingungen	gegen Porto	
Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild		
presente EXTRA: Essen ist politisch		
Broschüre: Der Wandel. Schattenseiten & Lichtblicke in der Orangensafterstellung ← NEU!	2,00	
Kochbuch: Gutes Essen für Alle – Rezepte plus Hintergrundinfos aus Brasilien und Mittelamerika		
Werkmappe: Arbeitsrechte? Nicht die Bohne! Billiger Kaffee made in Honduras	4,00	
Studie: Ausgepresst. Hinter den Kulissen der Saftindustrie	4,00	
Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen + 10 Methodenblättern, der „Werkmappe Supermärkte“, vielen Aktionsmaterialien	10,00	
Wander-Ausstellung: Lebenswelten. Arbeiter*innen entlang der O-Saft-Lieferkette (20 DIN A2) (Nur zur Ausleihe - Termin per Email/Telefon anfragen.)		

Name / Organisation

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon / Fax

E-Mail

Datum

Unterschrift

Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster

Telefon 0251 - 67 44 13 - 0
Fax 0251 - 67 44 13 -11
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Bankverbindung
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM



Bitte schicken Sie mir den E-Mail-Newsletter der CIR zu.



Gutes Essen für Alle Kochen und die Welt verändern



... mit dem neuen Kochbuch der CIR mit Rezepten und Hintergrundinfos aus Brasilien und Mittelamerika



Berichte über Arbeiter*innen, die in sklavenähnlichen Zwangsverhältnissen Erdbeeren, Orangen und Ananas für einen Hungerlohn ernten, rütteln uns auf. Bilder von kilometerlangen Agrarwüsten ohne Vögel und Insekten, von abgeholzten Regenwäldern für Soja- und Palmölplantagen und von plastikverschmutzten, leer gefischten Meeren bleiben im Kopf. Die innere Stimme, etwas ändern zu wollen, wird lauter – und unser Bauch rebelliert!

konkrete Tipps für einen „grünere“ Kochalltag: **Wir haben mit Unterstützung unserer Partner*innen in Mittelamerika und Brasilien über 40 Rezepte zum Nachkochen zusammengestellt.** Mehr als die Hälfte der Gerichte sind vegan, auch für traditionell eher fleischlastige Speisen haben wir fleischlose Alternativen gefunden. Die Zubereitung wird



Aber wo anfangen? Sich für gutes Essen zu engagieren, sich einzumischen in die gesellschaftliche Debatte, auf Demos zu gehen für den Klimaschutz oder die Agrarwende sind zentrale und wichtige Schritte. Wir müssen auf unser mulmiges Bauchgefühl hören, aus dem Alltagstrott ausbrechen, die Komfortzone verlassen und unser Verhalten ändern. Und das funktioniert besonders gut in der eigenen Küche!



Schritt für Schritt erklärt, sodass auch Kochanfänger*innen schmackhafte Gerichte auf die Teller zaubern können. Und für den nachhaltigeren Lebensmitteleinkauf finden sich im Buch die wichtigsten Fair- und Bio-Label



Das neue Buch „Gutes Essen für Alle“ versorgt Interessierte mit Hintergrundinformationen über den globalen Agrarhandel. Dazu gibt es ganz

– wer mehr erfahren will, schaut zusätzlich in unseren „Wegweiser durch das Label-Labyrinth“.

Das knapp 90-seitige Buch ist nicht nur eine praktische Unterstützung für alle, die sich nachhaltiger ernähren möchten, sondern auch das ideale Geschenk für bewusste Hobbyköch*innen! **„Gutes Essen für Alle“ ist ab Mitte September im CIR-Shop bestellbar (oder über den Bestellschein auf Seite 32)!**

